

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 31

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwirrung im Ostblock trotz politischen Erfolgen

PATRIARCH ALLER SOWJETWIRTSCHAFTER ENTWIRFT ZUKUNFTSBILD FÜR DIE UdSSR, WIE ORWELL 1984 OHNE PRIVATBEGRIFF, OHNE FAMILIE, OHNE HEIM

Ein Bild langsamer, aber sicherer Entwicklung der Sowjetgesellschaft zu einem der rothinesischen Kommune identischen Bild gab Professor Stanislaw Strumilin, Veteran der Sowjetakademie der Wissenschaften, im Juli in der Zeitschrift «Nowy Mir».

Der greise Wirtschaftler und Sowjetstatistiker, der 1897 mit zwanzig Jahren in der russischen Arbeiterbewegung aktiv war, stellt sich somit in krassen Widerspruch mit den Kritikern an Pekings extremer Politik wie auch mit den Tendenzen zur Verbürgerlichung, die im neuesten Entwurf zum sowjetischen Zivilgesetzbuch deutlich sind.

Seiner Meinung nach wird letztendlich die Frau wirtschaftlich unabhängig sein, anderswo arbeiten als ihr Mann. Das Paar sieht sich zu den Mahlzeiten, die Kinder sind in Krippen und Heimen. «Die Jugendlichen brauchen die Eltern nicht mehr, alte und arbeitsunfähige Leute ihre Kinder nicht mehr...»

Uebergrosse Elternliebe hemmt die individuelle Entwicklung, die viel besser im Kollektiv gewahrt bleibt. Die kollektive Kindererziehung von der Wiege bis zur Bahre wird die Jugend restlos erfassen müssen. Jeder Sowjetbürger erhält bei seiner Geburt automatisch die Einweisung in eine Krippe, von wo er ins geschlossene Kinderheim und die Internatsschule gelangt. Die Kinderheime sollen im gleichen Gebäudekomplex sein, wo die Eltern wohnen. Niemand, räumt Strumilin ein, soll Eltern hindern, in der freien Zeit die Kinder zu besuchen.

Es bleibt aber als letzte ständige Zelle der Familie nur das Ehepaar. Sobald dieses mit der Zeit die Unwirtschaftlichkeit des eigenen Haushalts einsieht, wird die Familie «als wirtschaftliche Zelle in eine grössere Wirtschaftseinheit übergehen... sie wird sich somit in der Sozialkommune aufgelöst haben».

In dieser neuen Etappe des Kommunismus, sagt Strumilin, ist ein durchdachtes Programm zur Errichtung eines Netzes von Sozial- und Arbeitskommunen eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

ALLEN VOLKSKOMMUNEN IHREN ZEMENT ZUM BAU

Jede Kommune der chinesischen Provinz Honan soll eine Zementfabrik besitzen. Die 1958 eingeführten Fabriken haben laut offiziellen Angaben in den ersten 3 Monaten des Jahres schon 26 000 t Zement produziert.

Eine Kommune wird, mit Rentnern und Kindern, etwa 2000 Personen umfassen, von denen 1000 in einem und demselben Betrieb arbeiten, der Rest also nicht erwerbstätig ist. Strumilin kommt auf diese Zahl, weil der Durchschnitt der Belegschaft eines sowjetischen Betriebes um 1000 Personen zählt. Die Gebäude sind projektiert, drei Wohnstockwerke mit abgesteckter Grünfläche, im ersten Stock Zwei- bis Dreizimmerwohnungen, weiter oben Einzelräume. Die Mahlzeiten werden gemeinsam eingenommen, um den ständigen Kontakt mit dem Kollektiv auch in der Freizeit zu sichern.

Die richtige Einstellung lehrt man vor der Schule: Man bringt den Kindern bei, dass persönliches Eigentum an Spielsachen nicht besteht. Alles kommt in den gemeinsamen Topf. Später werden die Werktätigen nicht mit Geld, sondern mit Schecks entlohnt, so dass die Ausgabe am ehesten im Kollektiv gemacht wird und die Herkunft des Schecks sogleich ersichtlich ist. Damit ist dem Diebstahl und der Hamsterei ein Ende gesetzt. Das Strafgesetz, schliesst Strumilin, wird dann in seiner Gesamtheit seinen Sinn verlieren.

ENTWURF ZUM ZGB DER SOWJETUNION VERSPRICHT DEN SÖHNEN VON LENINS OKTOBERREVOLUTION SPARTOPF UND ERBRECHT IM EIGENHEIM

Die Verwirrung der Begriffe im kommunistischen Lager scheint nicht so sehr zwischen Peking und Moskau als vielmehr innerhalb der führenden Kreise der Sowjetunion zu liegen.

Während Theoretiker der UdSSR neuerdings, wie Rotchina, einen puritanischen, allen Besitz abschaffenden Kommunismus vertreten, erschien vor zwei Wochen der Entwurf des neuen Zivilgesetzbuches der Sowjetunion, der den bürgerlichen Begriff des Eigentums, des Erbrechts und des Sparkapitals verankern will.

Das Projekt, als Beilage zur «Sowjetskaja Justizija» Nr. 7 1960 erschienen, sagt im Kapitel 2, «Eigentumsrecht», Art. 23: «Jeder Staatsbürger kann das durch seine Arbeit entstandene Einkommen, Ersparnisse, Wohnhaus oder Wohnung in einem Haus... zu Eigentum besitzen.» Art. 24: «Der Kolchosenhof kann

DER PARTEISEKRETÄR JUGOSLAWIENS KARDELJ MALT MENETEKEL FÜR CHINA AN DEN BAMBUSVORHANG MIT KAPITALIST UND ARBEITER IM SELBEN BOOT

Der Streit zwischen Moskau und Peking flammt trotz dem Bukarester Burgfrieden (KB, 27. Juli ff.) jetzt wieder auf. Dieser Schluss muss aus gleichzeitigen Angriffen gegen Peking in Moskau und Belgrad gezogen werden.

Die jugoslawischen Kommunisten, die über gute Informationen aus dem Ostblock verfügen, liessen die Veröffentlichung eines Buches von Edvard Kardelj, Sekretär des Zentralkomitees der Partei, zu, der Peking scharf angreift. «Borba» begann mit der Veröffentlichung am 12. August; am selben Tag erschien in Moskau ein zu denselben Schlüssen gelangender Artikel. Zumindest ein übereinstimmender Artikel erschien auch in «Izvestija».

Kardelj setzt sich mit den chinesischen Angriffen gegen die jugoslawische Auffassung der Koexistenz auseinander, um dann die chinesischen Thesen von der «Unvermeidbarkeit des Krieges» auf Grund von Marx und Engels zu widerlegen. Er bestreitet auch die These vom «gerechten» und «ungerechten» Krieg unter den heutigen Umständen.

Die Quintessenz ist, dass — nach Kardelj und wohl der Mehrheit der koexistenzfreundlichen Kommunisten — die Taktik der chinesischen Theoretiker grosse Teile der Arbeiterklasse «erschreckt» und dazu beiträgt, «der Bourgeoisie eine gemeinsame Grundlage mit einem... Teil der Arbeiterklasse

in der Aussenpolitik» zu geben. Die Artikel in «Prawda» und «Izwestija» erscheinen auch zu dem Zeitpunkt, da eine Massenabreise sowjetischer Fachleute aus China (offiziell mit «Ablauf der Verträge» begründet) stattfindet. Sie werden durch Chinesen ersetzt, während Peking seinerseits Studenten aus der Sowjetunion zurückruft.

Der ideologische Streit, der um unmittelbare Fragen der Aussenpolitik geht, ist somit sehr rasch wieder entbrannt, und die Kommunisten Jugoslawiens beziehen, wie immer, Partei auf der Seite, die ihnen im gegebenen Augenblick die besseren Aussichten zu bieten scheint.

MOSKAUS ZIVILPILOTEN SPIELTEN U-2 ÜBER DEN FESTUNGEN IN IRAN

Sowjetische Zivilflugzeuge verletzten hartnäckig die Luftverkehrsregeln über iranischem Militärgebiet, sagte der Direktor der iranischen Zivilluftfahrt in einem Presseinterview.

«Sie halten sich nicht an die Routen», meinte er, trotzdem sie formell die nötigen Bewilligungen einholen.

Als Beispiel erklärte er, für einen Flug von Baku nach Teheran «verlangen wir von ihnen, über Rescht zu fliegen, aber sie fliegen immer über Täbriz, der Hauptstadt von Iranisch-Aserbeidschan.»

Sie tun das, sagte er, «um die Befestigungen zu sehen, die wir dort bauen».

WUCHER MIT MIETBETTEN IN UNGARN

Obwohl die ungarische Presse die kapitalistischen Länder wegen hoher Mieten kritisiert, scheint der Zinswucher auch in Ungarn nicht unbekannt zu sein. «Esi Hirlap» berichtet, dass von den sogenannten «Bettgebern» unerlaubt hohe Preise für ein gemietetes Bett verlangt werden. In einem Wohnraum von 4×5 Meter sollen fünf Untermieter schlafen, von denen jeder für sein Bett 250 Forint bezahlt, obwohl die Vermieterin nur 130 verlangen dürfte.

Unser Memo

Am 2. August 1903 erhob sich Mazedonien gegen die Türken, die nach drei Monaten den «Ilinden-Aufstand» niederschlugen. Seither ist der 2. August in Mazedonien ein Freiheitstag — und seit Titos Ketzerei und dem Tod des bulgarischen Kommunistenführers Dimitroff ein Vorwand für Gehässigkeiten zwischen Bulgarien, wo 200 000 Mazedonier leben, und Jugoslawien, wo eine Million Mazedonier eine eigene Teilrepublik bilden. Tito hatte vor seinem Abfall von Moskau Kontakte mit seinen Nachbarn gepflegt; auch der Veteran Dimitroff war seiner Idee grösserer nationaler Freiheit im System des Kremls zugeneigt. Als Tito mit dem Bannfluch belegt wurde, blieb Dimitroff zwar linientreu, aber erst nach seinem Tode ging die Gehässigkeit mit voller Kraft los. «Rabotnitschesko Delo» schrieb am 2. August, die Führer des Ilinden-Aufstandes seien «beeinflusst und erzogen durch die geistigen Väter der bulgarischen Nationalrevolution», macht also aus dem Mazedonieraufstand von 1903 eine nationalbulgarische Sache. «Nova Makedonija» in Skopje, Hauptstadt der jugoslawischen Teilrepublik, antwortete am 9. August, Sofias Stellung sei die des «Grossbulgarischen Chauvinismus», der die Annexion Mazedoniens — inklusive der 300 000 Mazedonier in Nordgriechenland — anstrebe. Zur Zeit des kommunistischen Markos-Aufstandes in Griechenland trafen Tito und Dimitroff eine Abmachung über die Bearbeitung Griechisch-Mazedoniens durch Propaganda aus Jugoslawisch-Mazedonien, wobei sich Bulgarisch-Mazedonien ebenfalls anschloss. Seit Titos Absprung betrachtet sich Bulgarien als Erbe des kommunistischen Mazedonien-Programms. Radio Sofia sagte am 2. August ausdrücklich, einziger Ausweg für die Lösung der mazedonischen Frage sei der Sieg des Sozialismus (Moskauer Formel) in der ganzen Welt, also auch auf dem Balkan. Danach gäbe es nur noch ein Mazedonien, dessen Freiheitswurzeln von bulgarisch nationalrevolutionärem Denken getränkt wurden. Eine eigenartige Durchdringung von Nationalismus und Kommunismus, die

Curriculum der Woche

ROMAN ANDREJEWITSCH
RUDENKO

Generalstaatsanwalt der UdSSR, Ankläger im Schauprozess gegen den U-2-Piloten Francis G. Powers, der zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Geboren 1907 in Nosowka, Bezirk Tschernigow. Ueber Jugend, Schule, Rolle während der Revolution ist nichts bekannt. Seit 1929 in den Organen der Staatsanwaltschaft. Bis 1938 Staatsanwalt des Militärbezirks Charkow, dann stellvertretender Staatsanwalt der Ukrainischen Sowjetrepublik. In dieser Funktion beaufsichtigt er die Arbeit der NKWD (Geheimpolizei). Von 1944 an (Repression in der Ukraine nach Zurückwerfen der deutschen Besetzungsmilitären) bis 1953 Staatsanwalt der Ukraine. Arbeitet mit Chruschtschew zusammen. Von dort 1945/46 zum Nürnberger Prozess abkommandiert, wo er sowjetischer Ankläger im Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher ist. Seit 1954 (unmittelbar nach Berias Verhaftung) Generalstaatsanwalt der UdSSR, seit 1959 auch Vorsitzender des neuen Kollegiums der Staatsanwälte der UdSSR. Mehrmals Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, Verfasser von Aufsätzen in sowjetischen Fachblättern. Geniesst seit 1944 das besondere Vertrauen Chruschtschews, hat seine Karriere ohne Rückschlag und Unterbruch entwickelt.

sich mit verstärktem Druck des Parteiapparates im Ostblock an verschiedenen Orten zu zeigen beginnt und die aufmerksam verfolgt werden muss. Ähnliche Tendenzen machen sich wirtschaftlich zwischen Polen und der DDR, politisch zwischen Rumänien und Ungarn bemerkbar. Sie werden immer dann akut, wenn durch Druck der Partei der allgemeine Unmut steigt und irgendwohin gesteuert werden soll. Das physikalische Gesetz von Aktion und Reaktion scheint auch in der kontrollierten Staatsmaschinerie nun einmal nicht ausschaltbar.

kurz

Durch Einsparen von 4000 Verwaltungsangestellten in Tadschikistan senkte sich das Lohnbudget um 28 Millionen Rubel («Kommunist Tadschikistana», 2. August). Das ergibt durchschnittlich 7000 Rubel pro Jahr für jeden Staatsangestellten, Realwert zirka 3000 bis 4000 Schweizer Franken.

In Polen appelliert die Regierung an alle Bevölkerungsschichten, bei der Ernte zu helfen. Belegschaften sollen von ihrer Arbeit abkommandiert werden («Trybuna Ludu», 3. August).

Die in Europa studierenden Indonesier hielten eine gemeinsame Konferenz in Prag ab. Sie wurden vom stellvertretenden Unterrichtsminister begrüsst («Rude Pravo», 11. August).

Eine kubanische Gewerkschaftsdelegation weilte in Prag («Rude Pravo», 7. August).

In Polen verbrachten 1 Million Kinder die Ferien in Pionierlagern des Staates und der Partei («Zycie Warszawy», 7. August).

In Rotchina werden Staatsbeamte und Angestellte in die Produktion geschickt, «sogar hohe Funktionäre, Minister» usw. («Borba», 13. August).

Der Eucharistische Kongress in München war «eine von der Nato und vom Pentagon beeinflusste Aktion der psychologischen Kriegführung gegen das sozialistische Lager» («Neues Deutschland», 8. August).

La mode sac jetzt im Osten

Die bulgarische Zeitung «Rabotnitschesko Delo» beklagte sich am 10. August darüber, dass in Bulgarien zwar jetzt westliche Importe auf dem Kleidermarkt zu haben wären, diese Importe aber nichts als Ladenhüter vergangener Jahre seien, und ausserdem die bulgarischen Geschäfte die Modelle in totaler Unkenntnis ihrer Eignung verteilen.



So sollen auf dem Lande diesen Sommer grosse Mengen der vor zwei Jahren im Westen aktuell gewesenen «Sack»-Mode aufgetaucht sein, mit der die Bäuerinnen nicht viel anzufangen wissen.

Da sie aber froh sind, eine Zuteilung an neuen Kleidern zu erhalten, ziehen sie den neuen Artikel an, und sei es bloss zur Arbeit.

Auf dem Bild trägt die barfüssige Bauernfrau ihre Trachtenbluse und einen schief heraushängenden Unterrock unter einem Sackmodell zur Feldarbeit und sagt: «Es ist lieb, mich so zu verwöhnen...»

BRIEFE

Richtlinien ja, Zwang nein

Ihr Artikel (KB, 3. August) «Getrennt marschieren aber vereint schlagen» scheint mir ... wichtig ... Wie oft hört man die gedankenlose ... Aeusserung, der Westen und vorab die Amerikaner sollten sich in geschlossenen Aktionen den östlichen Ungeheuerlichkeiten gegenüberstellen. Wichtig ist (aber) vor allem die geistige Einstellung zum Kampf gegen die Versklavung der freien Meinungsäusserung ... Gerade (deshalb) ist es ausgeschlossen, dass sich die Meinungen im Kampf für die Freiheit unter einen Hut bringen lassen. Wenn dem so wäre, dann würden auch von irgendwoher Richtlinien zum Zwang erhoben.

WERNER REBER, BERN